

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Sportreue zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mk. 3.10,
pro Woche 25 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 7108.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Insertionsgebühren
Beträgt für die fünfgehaltene
Zeitspalt ober deren Raum
20 Pfennige, für Veretrie- und
Versammlungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Nr. 58.

Breslau, Freitag, den 8. März 1895.

VI. Jahrgang.

Die schwachen Schultern.

Bei den Beratungen über die sogenannte „Finanzreform“ des Herrn Miquel ergingen sich die Staatsmänner in Klagen über die Schwierigkeit, neue Steuerobjekte zu finden. Die Minister der Kleinstaaten klagen, daß sie die Einkommensteuern nicht mehr erhöhen könnten, und Herr v. Posadowsky meinte, eine Reichseinkommensteuer sei „aus staatsrechtlichen Gründen“ eine Unmöglichkeit. Er warf die Frage auf, wen man denn noch belasten könnte, wenn bei dem Mittelstand nicht mehr möglich sei? Die wohlhabenden Junker mögen sich die Ohren schon vollgejamert haben, und die wohlhabenden Großindustriellen und Großaktionäre nicht weniger. Er kam zu dem Schlusse, die Kleinstaaten in Deutschland seien die „schwachen Schultern“, von denen man so viel gesprochen habe, und um ihnen zu helfen, sei man genöthigt, auf der „Finanzreform“ des Herrn Miquel zu bestehen.

Wenn der Reichsschatzsekretär so spricht, so weiß man schon, was das zu bedeuten hat. Herr Miquel will ja dem deutschen Volke auch keine Steuerlast zum Geschenk machen; er braucht Geld, viel Geld zu seiner „Reform“, und wer soll zahlen? Die Masse, das arbeitende Volk natürlich! Wenn die Kleinstaaten die „schwachen Schultern“ sind, dann können nach der Meinung der Herren Staatsmänner natürlich die Arbeiter noch einen Puff vertragen. Darum die Tabaksteuer und darum die Biersteuer, welche letztere ihren Schatten voraus zu werfen beginnt.

Aber wo die „schwachen Schultern“ sind, das weiß heute Jedermann, der sich nicht die Augen aufhält. Gerade in diesem Augenblick kommen uns die statistischen Erhebungen zu Gesicht, die unter den deutschen Holzarbeitern von der Zeitung des Verbandes angestellt worden sind und die ziffermäßig beweisen, welches Elend in unserer Arbeiterwelt Platz zu greifen beginnt. Wir wollen Einiges daraus anführen, damit man sehen kann, wo es „schwache Schultern“ giebt.

Die Holzarbeiter sind durchaus nicht den Arbeiterkategorien zuzuzählen, die am schlechtesten gestellt sind, ihr Durchschnittsverdienst überragt immer noch relativ bedeutend das der sächsischen und schlesischen Weber und anderer Gewerke, die durch die technische Entwicklung und die Ungunst der Verhältnisse bereits bis an die äußerste Grenze der Daseinsmöglichkeit gedrängt worden sind. Und dennoch — welchen Kampf müssen

diese Arbeiter bestehen, die sich und ihre Familien mit Ehre durch's Leben bringen wollen! Wenn die reichen Junker wegen niedriger Getreidepreise schon solchen Lärm machen, wie muß erst das Elend dieser Arbeiter zum Himmel schreien!

Aus einer ganzen Reihe von Orten ist das Einkommen der verheiratheten Arbeiter festgestellt worden und nur in vier Orten übersteigt das Einkommen der verheiratheten Arbeiter Mk. 12001. In drei Orten kommt das Einkommen im Durchschnitt nicht über Mk. 800 hinaus; an sieben Orten übersteigt es Mk. 600 bis Mk. 700, an 65 Orten geht es über Mk. 800 bis Mk. 900!

Mit vollem Rechte und um die Lage der „freien“ Arbeiter in das bezeichnendste Licht zu rücken, wird angeführt, daß eine Gefängnisverwaltung für die Unterbringung und Verpflegung der Gefangenen täglich 80 Pfennig berechnet. Nimmt man eine Familie von drei Köpfen an, so beläuft sich, wenn man die Gefängniskosten als Maßstab nimmt, bei 80 Pfennig täglich der Aufwand auf 876 Mark. Das geht aber bei sehr vielen Holzarbeitern über das Durchschnittseinkommen um 200 und mehr Mark hinaus und dann ist damit noch nicht für Kleidung und eine Menge anderer unentbehrlicher Dinge gesorgt. Also soweit ist es schon gekommen, daß der „freie Arbeiter“ sich nicht einmal auf die Höhe der Lebenshaltung in den Strafanstalten mehr schwingen kann, auch wenn er noch so fleißig ist und einer Kategorie angehört, die man noch nicht zu den schlechtestbezahlten rechnet! Wir meinen, die Thatsache spricht Bände, und wenn die Herren Finanzmänner wissen wollen, wo schwache Schultern sind, so mögen sie hierher sehen. Es giebt Plätze, wo den Tischlern und verwandten Gewerben zur Deckung aller ihrer Lebensbedürfnisse für sich und ihre Familien pro Tag nicht mehr als Mk. 1,65 bis Mk. 2 zur Verfügung stehen! Solche Löhne werden gemeldet aus Neuruppin, aus Guben, aus Kolberg, aus Köpchenbroda und aus anderen Orten.

Es wird auch der vollständige Nachweis geführt, daß, von einigen Schwankungen abgesehen, die Löhne mit der Verlängerung der Arbeitszeit niedriger werden. Bei einer Arbeitszeit von 58 Stunden pro Woche beträgt der Stundenlohn 40,5 Pf., bei 68 Stunden nur noch 20,5 Pf. Dies sollte eine wohl zu beherzigende Mahnung für die Arbeiter sein, sich fester und fester

zusammenzuschließen und in ihren Organisationen für den Achtstundentag einzutreten.

Wenn man in solche Verhältnisse hineinblickt, so ist Jedermann klar, daß jeder Groschen an Neubelastung schwer wiegt und daß jene Leute leichtsinnig in den Tag hineinreden, welche z. B. bei der Biersteuer meinen, das könne man leicht ertragen, wenn die Bierpreise nur um einige Pfennige gesteigert würden. Auch meinen eine Menge von Philistern, das Bier sei eigentlich ein „Lugusartikel.“ Für bummelnde Rentiers und dergleichen ohne allen Zweifel. Die so zu sagen pfeifen, mögen aber einmal Tischlerarbeit verrichten und versuchen, ob ihnen in der Vesperpause ein Schluck Wasser zur Erfrischung genügt. Sie werden dann schon finden, was es heißt, wenn man den Arbeitern das einzige nützliche Volksgetränk, das Bier, noch vertheuern will. Und das Bier, daß sich die Arbeiter gestatten können, ist gewöhnlich seiner Beschaffenheit nach ein recht sonderbarer „Lugusartikel!“

Dies ist nur eine Arbeiterkategorie; in hundert anderen ist es genau so; viele sind weit schlechter noch gestellt und nur einige wenige Branchen können ein besseres Einkommen aufweisen.

Danach muß Jedermann zugestehen, daß es sich bei den Arbeitern, wenn man ihre wahre Lage berücksichtigen will, nur um Entlastungen, nicht aber darum handeln kann, sie mit neuen Auflagen zu bepacken.

Wollen sich unsere Finanzmänner dieser Thatsache gewaltsam verschließen? Gut, wenn sie nicht anders können, so mögen sie es thun; sie werden sehen, wohin sie kommen. Sie steuern solchergestalt, mit vollen Segeln in die dauernde und unlösliche Finanzklemme hinein.

Wir wissen wohl, daß unsere Worte in jenen „höheren Regionen“ wenig oder auch gar nichts gelten. Man richtet sich dort nach den Erwägungen einer „höheren Staatsraison“, die glaubt, nur von allgemeinen Gesichtspunkten ausgehen und auf solche Dinge keine Rücksicht nehmen zu müssen. Schablonenmäßig wird der Staatsbürger eingetheilt und keine Steuerfähigkeit wird nicht erst näher geprüft. „Es wird schon noch gehen, es ist schon so lange gegangen“, so heißt's im Rathe der Staatsweisen. Privilegien und Liebesgaben für die herrschenden Klassen, neue Auflagen für die Arbeiter!

Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

[Nachdruck verboten.]

Stolz gelobte sie sich, seiner würdig zu sein, das, was sie an warmer Sympathie für Andree in ihrem Herzen hegte, heraus zu reißen. Daß sie mehr als „warme Sympathie“ für ihn empfand, wagte sie nicht einmal im tiefsten Herzen leise einzugestehen.

Seitdem sprach sie niemals mehr von ihm, auch Magdalene, die nichts von Allem begriff, verbot sie, seinen Namen auszusprechen. Trotz alledem hatte sie gegen die Erinnerung, die nicht weichen wollte, zu kämpfen. Aber sie trug in diesem Kampfe mit sich selbst den Sieg davon, und nichts als ihre Blässe verrieth ihr silles Leiden, das allmählig zur traurigen Entsagung geworden war. Vater Deschamps merkte davon nichts.

Frau Roguet hielt nun den Moment für gekommen, in dem sie einen einschneidenden Schritt vorwärts thun konnte. Sie hielt in förmlicher Weise bei Vater Deschamps um die Hand seiner Enkelin für ihren Sohn an.

Johanna ärgerte, als sie um ihre Meinung befragt wurde. Am Liebsten hätte sie mit „nein“ geantwortet. Aber welchen Grund sollte sie für ihre Weigerung angeben? Sie achtete Sigismund, sie wußte, daß er sie liebte und ihr ergeben war. Als

ihr Großvater ihr freie Wahl ließ, hatte er ihr nicht verhehlt, daß er glücklich sein würde, sie unter sicherem Schutze zu sehen für den Fall, daß er fürbe. Schließlich hatte sie dann eingewilligt.

„Lieber Sigismund, als womöglich den ersten besten Anderen“, hatte sie mit Bitterkeit gesagt, da ein Mädchen unter den heutigen Umständen ohne Gefahr und Anfechtung nicht allein durch's Leben gehen kann. Doch hatte sie, als sie nachgab, ihre Bedingungen gestellt. Er war denn auch damit einverstanden, daß die Hochzeit nicht eher stattfinden sollte, als bis sie mündig geworden war. Bis dahin war noch ein Jahr. Ein Jahr, das ist eine Ewigkeit, wenn man zwanzig Jahre alt ist!

Frau Roguet wollte die Sache beschleunigen. Aber Johanna hatte die Stirn gerunzelt, und Sigismund war zu glücklich über ihre Einwilligung, als daß er sich der Gefahr ausgesetzt hätte, Alles zu verlieren, wenn er zuviel fordere. Er war von dieser Zeit an ebenso discret, ebenso zurückhaltend, wie nur jemals zuvor, er vermied es, sich aufzudrängen, lästig zu werden. Hatte er nicht Johanna's Wort und damit genug Hoffnung im Herzen, um dieses Jahr Wartezeit auszufüllen?

Das junge Mädchen lebte indessen genau ebenso wie früher. Einen Augenblick lang war sie unruhig, als der Großvater ihr mittheilte, daß er Andree getroffen, daß er ruiniert sei und daß er ihn eingeladen habe, sie zu besuchen. Da Herr Savenay nun unglücklich war, wäre es ja reine Grausamkeit, eine

schreiende Ungerechtigkeit gewesen, ihm Beistand und Freundschaft zu verweigern. Und dann welche Gefahr hatte sie auch zu befürchten?

Herr Savenay hatte niemals ein Wort gesagt, aus dem sich entnehmen ließ, daß er etwas Anderes als ein wenig Sympathie für sie empfand; und sie, sie war ja jetzt mit einem Anderen verlobt. Mit dem großzügigen und kühnen Vertrauen, das die Stärke gerader und tapferer Charaktere ist, glaubte sie stark genug zu sein, sich gegen sich selbst schützen zu können. Sie machte es sich also zu einer Art Pflicht, Andree mit schweizerlichem Mitgefühl anzunehmen.

Vater Deschamps überschüttete ihn in seiner geräuschvollen Weise um so mehr mit Freundschaftsbezeugungen, als er offenbar den Wunsch empfand, die früher gegen ihn bewiesene Rauheit, die er mehr als einmal bereut hatte, vergessen zu machen. Wie es ihm an Andree gefiel, daß er sich durch sein Unglück nicht geringer, nicht herabgedrückt fühlte! Man hätte im Gegentheil sagen können, daß seine Armut ihn in der Liebe, in der Achtung seiner Freunde noch steigen ließ. Und wie sie alle mit seinem Groll gegen die Menschen und Verhältnisse, die sein Unglück verschuldeten, sympathisirten! Wenn er ihnen kam, war er von heiter, von dem bedrückenden Gefühl des Verlassenseins und der Einsamkeit befreit, das in dem bewegten Leben der Pflanzstadt beständig auf ihm lastete.

Er kam nun oft, um — wie er so zu sagen pflegte — ein Freundschaftsbündel zu nehmen. Es ge-

Dieses System kann nicht dauern. Was daraus wird und wie die Herrschaft darauf folgen muß, das können die Herren, wenn sie wollen auf jedem Blatte der Geschichte lesen!

Politische Rundschau.

Dem Bismard-Kummel, der je näher der 1. April heranrückt, immer tollere Gestalt annimmt, widmet die „Frankfurter Zeitung“ folgende zutreffende Bemerkungen:

Die zahlreichen Mißerfolge, die in den letzten Jahren die „nationalen“ Parteien davongetragen haben, sind nicht im Stande gewesen, die arrogante Selbstüberschätzung dieser eingebildeten Politiker auch nur um eines Haars Breite herabzudrücken. Das beweist von Neuem die anmaßende Art, in der man von dieser Seite dem deutschen Volke und dem Reichstag eine „nation le Chrung“ des Fürsten Bismard zu dessen 80. Geburtstag aufzwingen möchte. Kein vernünftiger Mensch wird etwas dagegen einzuwenden haben, wenn Diejenigen, die nun einmal im Fürsten Bismard den „Schöpfer des Deutschen Reiches“ erblicken, ohne den es „überhaupt keinen Reichstag gäbe“, dieser Ansicht an dem erwähnten Tage in der ihnen entsprechend erscheinenden Weise Ausdrück geben wollen; man wird sich darüber in den Kreisen der Andersdenkenden um so weniger aufregen, als man sich an die Bismard-Wallfahrten mit ihren wahrlich nicht immer sehr erhebenden Begleiterscheinungen rascher gewöhnt hat. Aber was die Andersdenkenden, die nach Ausweis der Wahlen im Volke sowohl wie im Reichstag in der Mehrheit sind, gewiß verlangen können, ist, daß ihre Ansichten von der andern Seite ebenso respektiert werden, und daß man sich von „nationaler“ Seite mit den nun einmal gegebenen Stärkeverhältnissen vernünftiger Weise abfinde und sich wenigstens grober Schmähungen und Beschimpfungen enthalte; ein bißchen von dieser Sorte würde man den Gärtnern ja schon gern zu Gute halten. Ein solches Mindermaß von Klugheit und Anstand sucht man in diesen bei uns, in ihren „heiligsten Empfindungen“ wieder einmal „auf's Tiefste verletzten“ Durrahypatrioten vergebens. Sie haben eine ganz regelrechte Hege gegen den Reichstag in Scene gesetzt, weil dieser den Unfug einer Ehrennung des Fürsten Bismard zum „Reichsherrnbürger“ und ähnliche patriotische Scherze nicht mittragen will. In welchem Tone diese neueste Enthüllungscampagne geführt wird, dafür genügt als Beispiel eine Zuschrift, die der bekannte chauvinistische Heftsporn und national-liberale Reichstags-Abgeordnete Professor Dahn Leipzig an ein Leipziger Blatt, natürlich zum Zwecke der Veröffentlichung, gerichtet hat und in der folgender Satz vorkommt:

„Nach den ansehnlichen Vorerörterungen würde jeder Borichlag, im Reichstag selbst eine Ehrung des Fürsten Bismard vorzunehmen, auf den lebhaftesten Protest des leider in allen Reichstagsangelegenheiten den Ausschlag gebenden Centrums stößen, demgemäß abgelehrt werden und damit die Schande des deutschen Reichstags aller Welt kundgeben.“

Die von dem Herrn Professor in dieser Weise

Charakteristiken Parteien des Reichstags werden ihren Schmerz hierüber ja wohl mannhaft zu tragen wissen; aber es ist immerhin bezeichnend, daß ein Mitglied des Reichstages sich eine solche öffentliche Beschimpfung erlauben zu dürfen glaubt, das selbstverständlich zu den lautesten Rufem nach kräftigeren Disciplinarmitteln gehört hat, als es galt, bei der Affaire Diebstahl die „Würde des Reichstags“ zu schützen. Etwas weniger im Tone des Mannes von „Bildung und Verstand“, aber immer noch leidlich kräftig äußert sich die Münchener „Allg. Ztg.“:

„Zur Sache selbst ist zu sagen, daß der deutsche Reichstag nur sich selber schädigt, wenn er sich am 1. April außerhalb des Kreises der Feiernden stellt; der große Mann im Sachsenwald ist in dem innigen Danke der deutschen Fürsten und in der heißen Liebe in der sein Volk ihn umdrängt, reich genug, um den Bettelstern zu verschmerzen, den ihm das Triumvirat Lieber Richter-Bebel etwa hätte gönnen mögen.“

In seinem tiefen patriotischen Schmerz hat das Münchener Bismardorgan offenbar allen Sinn für Logik verloren; andernfalls müßte es sich sagen, daß man vernünftiger Weise um einen „Bettelstern“ doch keinen solchen Lärm macht, wie es die „nationale“ Presse thut. Wenn dergleichen schon am verhältnismäßig grünen Holze geschieht, so kann man sich leicht eine Vorstellung von den tollen Sprüngen machen, die Patrioten vom Schlage des bekannten Herrn Max Decker vollführen. Dieser „originelle Geist“ schlägt u. A. die Stiftung eines „Bismardhauses in Berlin“ vor, in dem Fürst Bismard als „Reichstoge“ — es steht wirklich so da und ist kein Druckfehler, wie böse artige Leute annehmen könnten — thronen und für das Wohl des deutschen Volkes sorgen soll. Aber den Vogel auf dem Gebiet der patriotischen Komik hat auch Herr Max Decker noch nicht abgeschossen, dessen Lärm sich vielmehr, einwillen wenigstens — Besseres kann natürlich noch nachkommen — das „Bayr. Tagblatt“ rühmen, das am Schluß eines vom heiligen Born erfüllten Artikels folgende fürchtbare Drohung ausstößt:

„Hat man den Muth zu solchem Handeln nicht (nämlich am 1. April von national-liberaler Seite im Reichstag eine Deotion für den Fürsten Bismard zu versuchen), so wird man sich nicht wundern können, wenn die gesammte nationale Presse den Beschluß faßt, keine Sube mehr über die Verhandlungen dieser Körperschaft zu veröffentlichen. Das wäre die einzig richtige Antwort auf das Schwitzen des Reichstags am 1. April, der einzig richtige Strafgefang für eine Körperschaft, die sich selbst begräbt.“

Die Reichstagsmehrheit weiß nun, wach' ein fürchtbares Strafgericht ihr droht, wenn sie am 1. April nicht travirt. Es ist ihre Sache, ihr Verhalten demgemäß einzurichten; wir aber werden dem Eintreffen des „Bayr. Tagblattes“ am 2. April dieses Jahres zum ersten Male mit einem gewissen Interesse entgegensehen.“

— Ueber den Niedergang der Getreidepreise erheben bekanntlich die Junker ein gewaltiges Geschrei und schieben die Schuld daran auf Rechnung des russischen Handelsvertrages. Demgegenüber stellt

die „Allg. Ztg.“ Folgendes fest: Als am 20. März 1894 der Weizen- und Roggenkassenzoll gegen Rußland von 7,50 auf 3,50 herabgesetzt wurde, stand bekanntlich an der Berliner Getreidebörse der Weizenpreis auf 138,50, der Roggenpreis auf 119,75. Ein Jahr später, am 28. Februar 1895, standen diese Preise auf 138,75 für Weizen und 118,75 für Roggen. Innerhalb Jahresfrist hat also jene Zollherabsetzung auf den Getreidepreis keinen nennenswerthen Einfluß gehabt, ist also durch diese Zollherabsetzung dem deutschen Landwirth nicht der geringste Schaden zugefügt worden.

Die Judenbehalte im Reichstage giebt dem „Vorwärts“ Veranlassung zu folgenden treffenden Bemerkungen: „Herr v. Levetzow hat recht, der parlamentarische Ton verschlechtert sich wirklich von Tag zu Tag mehr. Leider sind es die Freunde des Herrn Präsidenten selbst, welche diese Verschlechterung des Tones geradezu par force betreiben, ohne in diesem Treiben irgendwie behindert zu werden. Neben, wie sie heute von dem konservativen Freiherrn von Langen und Ahlwardt gehalten wurden, gereichen jedem Parlamente zur Unehre. Wenn aber solche Ausführungen auch noch den Beifall großer Parteien finden, wie dies heute bei den Conservativen der Fall war, so ist das einfach ein Scandal. Seit wann ist es z. B. zulässig, daß von einer großen Mehrzahl deutscher Reichsbürger und Steuerzahler als von Schwindlern, Raubthieren, Cholera bacillen, Gefinbel und Parasiten geredet werden darf, ohne daß vom Präsidium dagegen eingeschritten wird? Wir sind neugierig, ob, wenn etwa bei Gelegenheit neuer Liebesgaben-Anträge von den Junkern und Agrariern als von Parasiten und Raubthieren geredet werden sollte, dann dies auch so unbehindert geschehen kann, wie die Liebesgaben heute unseren jüdischen Mitbürgern an den Kopf geworfen wurden. Sind die Juden im deutschen Reiche vogelfrei, dann gut; aber so lange sie noch Bürger des Reiches sind und die Emancipationsacte noch nicht aufgehoben ist, sollten Vorgänge, wie sie heute im Parlamente sich abspielen, nicht geduldet werden, wenn man wirklich den Ton heben und ihn nicht auf das Niveau des Fischmarktes herabdrücken will.“

Die „Weber“ und der Umsturz. Der „Vorwärts“ schreibt: Die Richtigkeit unserer gestrigen Notiz über dieses Thema wird von einigen Blättern bezweifelt, weil der Präsident eines Ober-Verwaltungsgerichts eigentlich die Pflicht hat, gerode Mißfallensfundgebungen von oben gegenüber standhaft zu bleiben und die Unabhängigkeit des Gerichts aufrecht zu erhalten. Das ist sehr schön gesagt und sicherlich auch richtig, — aber es geschieht eben nicht immer, wie Figura zeigt. Die Richtigkeit unserer Mittheilung wird übrigens auch durch das „Volk“ bestätigt, ein dem Abg. Stöcker nahe stehendes Blatt, welches Herr Stöcker wieder mit dem designirten Nachfolger des bisherigen Präsidenten des Ober-Verwaltungsgerichts, Herrn Grafen Bernstorff, intime Beziehungen unterhält. Das „Volk“ schreibt zu unserer Nachricht:

Der „Vorwärts“ theilt mit, daß der Präsident des Ober-Verwaltungsgerichts Peritus seinen Abschied eingereicht habe. Er bringt dies mit der Genehmigung der Ausführung der „Weber“ in Zusammenhang und

lang Vater Deschamps auch, ihm eine ziemlich gut bezahlte Arbeit zu verschaffen. Es war dies eine Reihe von Artikeln für einen „Führer durch die Ausstellung.“

Andree betrachtete das erste Geld, das er sich selbst verdient hatte, mit großem Respekt und in einer Art von kindlichem Aberglauben, über den er selbst lachen mußte, legte er ein großes Zehnmarkstück als Gedächtnisstück an dieses Ereignis beiseite. Er sah, wie Johanna und der Alte sich ihr arbeitsreiche Leben so froh gestalten und gewöhnte sich nun daran, die beschreibenden Freunde, die ihm zuhören, besser zu genießen, um weniger unter den warnungsvollen Botschaften zu leiden, die seine Geliebte ermüdeten und seinen guten Willen lähmten. Am liebsten hätte er es gesehen, wenn Mutter und Schwester auch Theil daran gehabt hätten, und versuchte es nun, sie mit seinen wiedergegebenen Freunden zusammenzubringen.

Eines Tages nahm er denn auch Johanna und Magdalene mit zu ihnen. Man erinnerte die Bekanntheit und plauderte zusammen. Die beiden Familien — guten jezt kaum fünf Minuten von einander entfernt. Die Entfernung, die sie bisher getrennt hatte, war nun nicht nur räumlich, sondern auch nach jeder anderen Richtung hin geringer geworden. Frau Savenny sah mit Schrecken, wie ihre Mittel von Tag zu Tag geringer wurden. Die Nothwendigkeit, ihre Ausgaben einzuschränken, drängte sich ihr gebieterisch auf. Johanna, als erfahrene Wirtschaftlerin, gab ihr die billigsten Besorgungen des Marktes für alle Bedürf-

nisse des Haushalts an, bezeugte ihr die besten Gedächtnisse und offenkundig ihr die tiefsten Geheimnisse der häuslichen Sparwirtschaft. Dann sprach man von der Malerei, und als Germaine mit einiger Bitterkeit sagte:

„Sie sind doch sehr glücklich, daß Sie soviel davon verkaufen, was Sie anfertigen, verkaufen zu können!“ mochte Johanna ihr das Aetzstein, sie das Wenige, was sie verstände, zu lehren.

Germaine klatschte in die Hände und rief: „Welch gute Idee!“

Dann lachte sie mit einem Male erröthend, weil sie daran dachte, wie sie diese Unterrichtsstunden bezahlen sollte. „Ach, in der That wer dieses Verlangen zerstreuen, denn Johanna folgte einem Lächeln vor. Ganz einfach! Germaine konnte Magdalene Musikunterricht geben, und sie wäre ihr dann noch zu Dank verpflichtet. So wurde die Sache zu Andree's großer Befriedigung sofort genehmigt. Er freute sich, weil er seine Schwester nun dem gefährlichen Braten in der Einigkeit und dem Mühsal entziehen sah.“

Frau Savenny hatte allerdings dieses Arrangement zu hintertreiben gesucht. Als sie erfuhr, daß die Savenny's zu Grunde gerichtet waren, legte sie mit bitterem Lächeln:

„Um so besser! Nun werden sie auch sehen, was es heißt, arm zu sein!“

Dann hatte sie noch hinzugefügt: „Sagt sie sich doch allein herunterarbeiten!“ Als Johanna darüber lächelte und Vater Des-

champs ihr sogar ihre Härte vorwarf, hatte sie es doch nicht gewagt, laut zu sagen, daß sie im Grunde nur für Sigismund fürchte. Sie hörte nun auf, zu widersprechen und verwies zu ihrer Entschuldigung auf ihr altes Mißtrauen.

Seitdem sahen sich die beiden jungen Mädchen mehrere Male in der Woche, und bald hörte man in den engen Zimmern der Savenny'schen Damen von Zeit zu Zeit helles Lachen, das den Sieg der Jugend über die Melancholie verkündete.

Germaine war jedoch immer noch nicht ganz gesund, sie hatte zuweilen Beklemmungen, nach denen sie sich lange sehr schwach fühlte. Ihre Wangen behielten die bleiche Farbe einer welken Rose, aber jezt erwachte doch wenigstens von Zeit zu Zeit die alte Fröhlichkeit früherer Tage in ihr. Sie empfand eine wahrhaft kindliche Freude über das Geld, das sie für den ersten Fächer erhielt, den sie durch Johanna's Vermittelung verkaufte.

Von den Summe machte sie sofort vier gleiche Theile für vier kleine Geschenke: eins für ihre Mutter, eins für Andree, und die beiden übrigen für ihre Lehrerin und ihre Schülerin, wie sie lachend sagte. Da jezt die Lust in ihr erwacht war, ein wahrhaft praktisches Mädchen zu werden, lernte sie das Selbstanfertigen ihrer Kleider und Hüte, ja sie lernte sogar die Kunst, ihre Armuth erhobenen Hauptes zu tragen, sich eingebildeter Bedürfnisse zu entledigen.

(Fortsetzung folgt.)

erzählt, daß sowohl Herr v. Köller als der Kaiser selbst ihr Mißfallen darüber zu erkennen gegeben hätten. Uns war diese Nachricht schon vor einigen Tagen aus Kreisen des Ober-Verwaltungsgerichts zugegangen, ohne daß wir uns zur Veröffentlichung für befugt hielten. Jedenfalls können wir bestätigen, daß das Entlassungsgesuch auf die Genehmigung der „Weber“ und die Mißbilligung dieser Genehmigung durch den Kaiser zurückzuführen ist.

— Ein neues Zeugniß für die Berechtigung der Arbeiterforderungen. In der „Münchener mediz. Wochenschrift“ wird die Thatsache erwähnt, daß in den Spiegelbelegen in Fürth seit 1 1/2 Jahren kein Fall von Mercurialismus (Quecksilbervergiftung) vorgekommen sei. Die Thatsache erscheint in noch viel günstigerem Lichte, wenn berücksichtigt wird, daß gegenwärtig meist Arbeiter beschäftigt werden, welche bereits seit längerer Zeit — bis zu 30 Jahren — in den Belegen arbeiten. Wollner, der die Angelegenheit untersucht hat, giebt darüber in obgenannter Zeitschrift sehr interessante Aufschlüsse. Danach liegt das plötzliche Verschwinden der Erkrankungsfälle nur zum Theil an den seit 1885 eingeführten sanitären Vorschriften. Genaue Untersuchungen zeigten, daß die größte Zahl der Erkrankungen an Mercurialismus in den früheren Jahren aus den großen Metallwerken kam, welche für Eisen arbeiteten. Die sanitären Einrichtungen waren in diesen Belegen durchaus nicht schlechter, als in anderen, im Gegentheil, sie waren sogar die besten; aber die Arbeiter dafelbst waren die schlechtest bezahlten, herabgekommenen Individuen, die das Bestreben hatten, durch möglichst lange Arbeit ein hinlängliches Auskommen zu finden. Diese großen Fabriken arbeiten jetzt nicht mehr mit Quecksilber, sondern mit Silber, während in kleineren Werkstätten, wo oft nur 1 bis 2 Arbeiter angestellt sind, noch immer mit Quecksilber gearbeitet wird. In diesen ist aber die Arbeit eine so pressante, die Arbeitszeit eine kurze, sechs Stunden pro Tag, dabei die Bezahlung eine relativ gute. Die Arbeiter sind also im Stande, bei geringerer Arbeitszeit sich besser zu nähren. Wollner kommt zum Schluß: „Wenn nun der Mercurialismus zunächst wenigstens für 1 1/2 Jahre verschwunden ist, seitdem die Belege aufgehört haben, in welchen die höchste Arbeitszeit und die schlechteste Bezahlung durchgeführt war, so ist doch wohl ohne Zwang der Rückschluß erlaubt, daß von allen Maßregeln zum Schutze der Arbeiter keine mehr Beachtung verdient, als kurze Arbeitszeit und gute Bezahlung. Damit soll nicht gesagt sein, daß die anderen Vorschriften überflüssig sind, aber es ist doch zweifelhaft, daß sie einen großen Erfolg haben werden, ohne kurze und gut bezahlte Arbeit.“

Diesem sachmännischen Urtheile einer Autorität auf hygienischem Gebiete haben wir nichts hinzuzufügen. In der That werden alle Arbeiterschutzmaßregeln unwirksam bleiben, wenn man nicht für die Grundbedingung einer besseren Lebenshaltung der Arbeiter sorgt: Auskömmliche Löhne und kürzere Arbeitszeit!

— Wirkliches Pech hat der Herr Ober-Präsident Graf v. Stolberg. Er ist erklärt er sich für die Handelsverträge und erweist sich auch sonst dem „Bund der Landwirthe“ gegenüber widerspenstig: da wird er tiefseufzend denuncirt, und einer seiner ihm untergebenen Landräthe ihm bei der Candidatur für den Reichstag beinahe vorgezogen. Dann unterwirft er sich dem Bunde der Landwirthe in aller Form, — und nun ist es wieder nicht recht. Es hat Reibungen gegeben mit der vorgesetzten Behörde, man sagt mit Herrn v. Köller persönlich, und das Ende vom Lied ist, daß der bisherige Oberpräsident von Ostpreußen, Graf Stolberg, seinen Abschied genommen hat und in den nächsten Tagen seine Stellung verläßt. — Schließlich weiß ja der arme Oberpräsident selber nicht mehr, wie er eigentlich den Leuten recht machen soll.

— Aus Schmal kalben wird gemeldet: Angesichts der Aufforderung der Nationalliberalen, in der Stichwahl für den Antisemitischen Jahraut einzutreten, giebt Professor Stengel, der freisinnige Candidat, seinen Wählern den dringenden Rath, geschlossen für den Socialdemokraten Quhn zu stimmen.

Die französischen Chauvinisten sind angehts der Thatsache, daß das französische Cabinet die Einladung Deutschlands zur Theilnahme an der festlichen Eröffnung des Nordostseecanals acceptirt habe, wieder eifrig an der Arbeit und suchen dem Ministerium Verlegenheiten zu bereiten durch Einbringung einer Interpellation in der Kammer. Die Weigerung des Ministers, diese Interpellation einbringen zu lassen, wird nicht besprochen. Die meisten Zeitungen stellen sich auf den Standpunkt des Ministerpräsidenten. Saurès und andere socialistische Abgeordnete erklären, die Re-

gerung habe gezeigt, daß sie es mit ihren Pflichten ernst nehme und durchaus friedliebend sei. — Die Nationalassemblies der Arbeitersynicate Frankreichs richtete an alle Genossenschaften den dringenden Aufruf, an der Kundgebung zum 1. Mai theilzunehmen. In einer Versammlung der Socialisten wurde der Generalausstand und ein öffentliches Vorgehen aller Gruppen angesetzt. Der Generalausstand ist der Traum einiger französischer Socialisten, an dessen Durchführung Niemand ernsthaft denkt. — In politischen Kreisen hat man die Anwesenheit des früheren Ministers Constans bei verschiedenen Gelegenheiten im Ministerium und im Elysee sehr bemerkt. Bereits haben sich einige politische Persönlichkeiten um Constans gesammelt, der vielfach als Nachfolger von Ribot bezeichnet wird. Constans wäre die letzte Stütze gegen den Socialismus — und wie morisch ist die. — Ein Streiklicht auf die französische Reptilienwirtschaft warf eine Rede des Abgeordneten des Senegalgebietes, des Herrn Couchard, die er in der Colonialdebatte der Kammer am 1. März gehalten hat. Er führte aus, daß das Kapitel 16 des Colonialbudgets einen Credit von 211,000 Franken auswerfe für Missionen und Colonialstudien. Das Geld sei für Forschungszwecke bestimmt. Ist es wahr, fragte nun Couchard, daß aus diesem Fonds Journalisten je 2500 bis 3600 Franken erhalten haben, um Arbeiten auszuführen, die man hätte Beamten anvertrauen können, und um die Regierungspolitik zu fördern? Die Regierung schwieg zu dieser Rede. Sie schwieg, das heißt, sie gestand. Als aber unsere Genossen bei der Debatte über die Geheimfonds das officielle Pressenwesen geißelten, erklärte kühl Herr Degues, der Minister des Innern, nie hätte ein Reptil nur einen Sous aus öffentlichen Mitteln erhalten. — Wie Frankreich zur Währungsfrage steht, zeigt ein Leitartikel des der französischen Regierung nahestehenden „Temps“, der zu nachstehenden Folgerungen gelangt: „Frankreich besitzt schon eine sehr respectable Menge Silber, und wenn es auch wünschen kann, daß dessen Werth gesteigert wird, so muß es doch mißtrauisch sein, gegen jede Operation, die darin bestehen würde, ihm noch mehr weißes Metall in Tausch gegen sein Gold zu führen. Frankreich besitzt kein Minersilber, das in Geld umzuwandeln wäre; seine Silber-Reserven, so wie sie jetzt sind, geniren nicht. Das Land wird an allen Studien, an allen Conferenzen, an allen Congressen sich betheiligen, die zu berufen den Inflationisten gefallen mag. Es ist sogar entgegenkommend genug, um allenfalls die Initiative zu einer Fortsetzung der in Brüssel unterbrochenen Arbeiten selbst zu ergreifen. Aber Niemand kann von ihm verlangen, daß es Silber acceptire, ehe nicht diejenigen Mächte, die weniger davon besitzen, sich in die gleiche Lage gebracht haben. Auch würde es noch der Prüfung bedürfen, unter welchen Bedingungen, wenn die Prägung von Silber freigegeben wird, dessen Production frei bleiben darf. Indef greifen wir nicht vor, der künftige Congress möge Arbeit haben!“ Deutlicher und kühler kann man nicht sprechen.

— Dem englischen Parlament ist von der Regierung eine Novelle zum Fabrikgesetz vorgelegt, über die der „Frankf. Ztg.“ berichtet wird:

„In allen Fabriken und Werkstätten müssen für jede darin beschäftigte Person mindestens 250 Kubikfuß Raum vorhanden sein, bei der Ueberzeitarbeit 400 Kubikfuß betragen muß, und außerdem ist der Minister noch ermächtigt, dieses Minimum zu erhöhen, sobald bei künstlichem Licht gearbeitet wird. Das Verbot, Kinder bei der Reinigung von Maschinen zu beschäftigen, soll auf alle jugendlichen Arbeiter unter achtzehn Jahren ausgebehrt werden. Wesentlich verschärft werden die Bestimmungen und die Vollmachten der Fabrikinspectoren in Bezug auf untaugliche Fabrikgebäude und gefährliche Maschinen. Jeder Unternehmer wird fortan eine Liste der in seinem Etablissement vorgekommenen Verletzungen und Unfälle zu führen haben, über welche jederzeit eine behördliche Untersuchung eingeleitet werden kann. Auch das Ueberzeitarbeit soll erheblich eingeschränkt werden. Gegenwärtig dürfen Frauen und jugendliche Arbeiter in gewissen Industrien zwei Stunden täglich, aber nicht mehr als fünf Tage in der Woche oder 48 Tage im Jahr über Zeit arbeiten. Nach dem neuen Gesetz sollen jugendliche Arbeiter dies überhaupt nicht mehr thun dürfen und Frauen nur drei Tage in der Woche und nicht mehr als 30 Tage im Jahr. Ferner ist es verboten, wie Kindern, so auch jugendlichen Arbeitern und Frauen, die Tags über ihre volle Zeit beschäftigt gewesen, weitere Arbeit mit nach Hause zu geben. Die Altersgrenze für Kinderarbeit hat Asquith nicht, wie so vielfach gewünscht wurde, von elf auf zwölf Jahre erhöht, aber nur aus dem

Grunde nicht, weil er eine beträchtliche Opposition dagegen befürchtet, wodurch die Annahme der Novelle erheblich verschoben werden müßte. Von größter Bedeutung für die Vorlage ist dann noch der Vorschlag, die Fabrikgesetze auf eine Anzahl Industrien auszuweihen, welche bislang leider außerhalb derselben standen. Zu diesen gehören Wäschereien, Docks und Werften, Bauten, bei denen Maschinenerte Verwendung findet, und Bäckereien. Umfassende Regulationen sind ferner für alle gesundheitsgefährlichen Gewerbe ausgearbeitet und als eine Garantie dafür, daß diese vernünftigen Bestimmungen auch in Zukunft besser beobachtet werden, als es bislang oft genug der Fall ist, wird schließlich noch bestimmt, daß fortan jede einzelne Werkstätte bei den Behörden angemeldet werden muß.“

Gewiß ist damit durchaus nicht erschöpft, was der Arbeiter als notwendig wünschen muß — aber man vergleiche mit dem Gebotenen nur die stolze reichsdeutsche Socialpolitik, die jetzt, kaum über die jämmerlichsten Anfänge hinweggekommen, vollständig in die Brüche gegangen ist. — Die Annahme der Vorlage durch das englische Unterhaus soll völlig gesichert sein.

— In Rußland gehen ernste Dinge vor. Das unterliegt keinem Zweifel. So strenge Censur auch für Telegramme geübt, so scharf der Briefverkehr überwacht wird, ganz läßt sich die Wahrheit doch nicht unterdrücken. Ueber die jüngsten Vorgänge in Petersburg haben wir noch immer keine authentischen Berichte. Alle Briefe, die nicht einen strikt kaufmännischen oder wenigstens geschäftlichen Charakter tragen, werden an der Grenze erbrochen, und wenn sie irgend wie Verärgliches enthalten, verbrannt oder beschlagnahmt. Trotz dieser Vorsichtsmaßregeln sind dem „Borm.“ folgende Mittheilungen zugegangen, für die er bürgen kann. Die Nachrichten der großen Manifestation in Petersburg — am 21. Februar —, wo bürgerliche Elemente und Arbeiter sich den Studenten sympathisch zeigten und theilweise angeschlossen, verbreiteten in ganz Rußland eine lebhafteste Erregung. Namentlich die Universitäten wurden ergriffen. Die Studenten von Moskau, die schon früh am 21. Februar die Petersburger Ereignisse kannten, zogen noch denselben über 1000 Mann stark, unter Abführung des schwermüthig-wilden Ledes der „Arbeitsgemeinschaft“, dessen Text wir demnächst mittheilen werden, hinaus nach dem Kirchhof zu dem Denkmal Puschkin's. Hier sammelte sich die Menge. Die Ereignisse in Petersburg wurden besprochen, in begeisterten Reden die Pflicht der studirenden Jugend betont, an den Seiten der Arbeiter und der liberalen Bürger für die politische Freiheit und für sociale Reformen zu kämpfen. Die Menschenmasse schwoll immer mehr an — so daß die Studenten bald nur den kleineren Theil der Versammlung bildeten. Diese Theilnahme des Volkes ist das bedeutsame und für die Regierung gefährliche Moment der gegenwärtigen Bewegung. Und die Regierungsorgane sind deshalb auch aufs eifrigste bemüht, diese Thatsache weg-, oder positiv in ihr Gegenheil umzuwälzen. Sobald der Rector der Universität von den Vorkommnissen Kenntniß erlangt hatte, begab er sich zu dem Polizeipräsidenten und fuhr mit diesem nach dem Kirchhof, um die Studenten zum Weggehen zu bestimmen. Er sprach freundlich zu ihnen — er drohte — vergebens: die Studenten blieben fest, und die beiden Beamten mußten sich unverrichteter Sache entfernen. Zu gewaltsamen Einschreiten kam es aber nicht. Weder Polizei noch Militär wurde in Bewegung gesetzt. Die Behörden sind sich offenbar noch nicht klar, wie sie diese Bewegung auffassen, und was sie thun sollen. Bis zum 2. März — so weit reichen unsere Nachrichten — haben die Demonstrationen am Grabe Puschkin's sich alltäglich wiederholt, und zwar unter wachsender Theilnahme des Volkes. Daß die Behörden seitdem eingeschritten seien, davon hat nichts verlautet. Als charakteristisch zur Kennzeichnung der Lage und Stimmung sei noch eine Thatsache erwähnt: Nach dem Tode des vorigen Czaren wurde von Seite der Behörden — in auch uns Deutschen ziemlich geläufiger Weise — unter den Moskauer Studenten eine „freiwillige Sammlung“ in Scene gesetzt für einen Kranz, der auf dem Grabe des Czaren niedergelegt werden sollte. Wohlun, in der philosophischen Facultät von Moskau, die ungefähr 900 Studierende zählt, hat die Sammlung für diesen patriotischen Zweck genau 24 — in Buchstaben vierundzwanzig — Kopelen ergeben, ungefähr sechzig Pfennig deutscher Reichsmünze. Die gebildeten Elemente der Nation der Regierung feindlich gesinnt, das Volk mit den ausgeprochenen Händen der Regierung sympathisirend, die Behörden unentschlossen und schwankend — so gehen Regierungen und Re-

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“).

Aus dem Reichstage. Der erste April steht vor der Thür und der Reichstag muß mit Kollonaden arbeiten, um bis zu diesem Zeitpunkt den Etat unter Dach und Fach zu bringen. Wären unsere Gesetze nicht im Reichstage, der Etat wäre gewiß heute schon fix und fertig gestellt. Denn die Conservativen und Nationalliberalen, ebenso das jetzt sehr regierungsfreundliche Centrum, ja selbst die Freisinnigen haben wenig an den von der Regierung gemachten Aufstellungen auszusetzen. Nur die bösen Socialdemokraten lassen sich das Recht der Kritik, das sie hier bei den einzelnen Staatspositionen am Bequemsten handhaben können, nicht nehmen und so kommt es, daß bei der Staatsberatung unsere Partei hauptsächlich die Debatte beherrscht. Seit einigen Tagen wird der Militär-Etat beraten und kein Tag vergeht, ohne daß mehrere Male vor unseren Genossen das Wort ergolte. Es ist das ja auch ganz natürlich. Der Militarismus, diese fast einzige Stütze unserer Staats- und Gesellschaftsordnung, die fast allein noch übrig gebliebene Waffe, welche die herrschenden Klassen noch mit Erfolg gegen das Volk gebrauchen zu können glauben, bietet ja allenthalben den günstigsten Stoff für vernichtende Kritik. Genosse Debel ließ sich denn auch die Gelegenheit nicht entgehen und machte dem Kriegsminister das Leben oft recht sauer. Er besprach besonders eingehend das Verhalten der Offiziere den Bürgern gegenüber, das in dem Gebrauch der Waffen seinen Ausdruck findet, wenn sich diese Stellen der Nation von einer Bürgercanaille irgendwie verlebt glauben. Er behandelte weiter eingehend die Soldatenmishandlungen, die trotz aller Erlasse nicht in der Abnahme begriffen sind und kritisierte das jetzt bestehende Militärgerichtsverfahren und das so eng begrenzte Beschwerderecht der Soldaten. Auch Genosse von Bollmar brachte verschiedentlich Mißstände im Militärwesen zur Sprache und hatte dabei die Genugthuung, daß seitens des Ministers in promptester Weise Auskunft und Antwort erteilt wurde. Im Namen der Partei hatte Genosse Liebknecht eine alte Forderung unseres Programms, die Umwandlung des stehenden Heeres in ein Milizheer vertreten. Liebknecht exemplifizierte auf die Schweiz, die sich bei dem Milizsystem sehr wohl befindet und betonte vor allem, daß allein das Milizheer eine sichere Bürgschaft für den Frieden biete, daß allein auch das Milizheer die Garantie in sich selbst trage, daß es sich als Volkshüter fühle und sich nicht gegen das Volk gebrauchen lassen werde. Auf der rechten Seite suchte man den Antrag mit mehr oder minder guten Späßen zu bekämpfen, aber diese Späße konnten ebensowenig über die Hohlheit der Gegenstände hinwegtäuschen, wie uns die ablehnende Haltung der großen Mehrheit des Reichstages davon abhalten wird den Antrag von der Tagesordnung verschwinden zu lassen. Heute drehte sich die Debatte hauptsächlich um

die Beurlaubung von Soldaten, die regelmäßig im Sommer erfolgt, damit sie den Großgrundbesitzern für billiges Geld bei der Erntearbeit helfen. Genosse v. Bollmar betonte die Konkurrenz, welche diese beurlaubten Soldaten den freien ländlichen Arbeitern machen. Die Junker wehrten sich zwar heftig dagegen, aber es konnte wirklich nur ein mitleidiges Lächeln erregen, wenn sie behaupteten, bürgerliche freie Arbeiter, die für die Erntearbeit brauchbar seien, gäbe es nicht und so müßten die nothleidenden Grundbesitzer nothgedrungen zu den Soldaten greifen, die ihnen indeß viel theurer zu stehen kämen, als andere Arbeiter. Sodann kam die schon aus dem Vorjahre bekannte Resolution des Nürnberger Volksschullehrers und freisinnigen Abgeordneten Weiß zur Erörterung, die für die seminaristisch gebildeten Lehrer die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienst verlangt. Die Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmte nur unsere Partei und man wird diese Thatsache im Lande gewiß gegen uns auszusprechen versuchen. Doch die Haltung unserer Genossen war nicht bloß von principiellen, sondern auch von praktischen Erwägungen eingegeben. Die Socialdemokratie betrachtet das Einjährigensystem als das was es ist, als ein Privileg des Geldsacks und hat keine Veranlassung, dieses Vorrecht noch mehr auszuweihen. Sie hält es weiter nicht für praktisch, daß die Lehrer, die jetzt nur zehn Wochen dienen, so lange ihrem Berufe und den ihnen anvertrauten Kindern entzogen werden. Die Lehrer sollten froh sein, daß sie nur so kurze Zeit zu dienen brauchen, denn als eine Feriencolonie werden sie die Kasernen und Exercierplätze bisher auch nicht kennen gelernt haben. Das Verlangen nach dem Einjährigensystem, die ja bekanntlich gar nicht so billig sind, wie sie aussehen, scheint bei den Lehrern aus einer gewissen Eitelkeit heraus entstanden zu sein. Wer den vorjährigen Lehrertag in Stuttgart mitgemacht hat, wird sich dem Eindruck kaum entziehen können, daß ein großer Theil unserer Lehrer von einem Eigendünkel befallen ist, der ihnen den Reserrolieutenant als Dorn im Auge alles Strebens und Wünschens erscheinen läßt.

Der Mittwoch ist Schwerinstag, an dem die Initiativanträge zur Verhandlung kommen. Gestern wurde deshalb die Staatsberatung unterbrochen und die Erörterung der conservativ-antisemitischen Anträge, welche auf das Einwanderungs-Verbot, bezw. Ausweisungswort der ausländischen Juden zielten, fortgesetzt. An dem antisemitischen Geschimpfe wurde dabei auf conservativer und antisemitischer Seite das Menschenmögliche geleistet. Hatte doch das par nobile fratrum (edle Brüderpaare) Freiherr v. Langen und sein bewährter Freund Ahlwardt das Wort erhalten. Herr v. Langen, der so oft und reichlich von dem Rector aller Deutschen Angepumpt, der sich seine Freundschaft wenigstens etwas kosten läßt, hielt sich ja noch in bescheidenen Grenzen. Auf Ahlwardt's Rede aber paßte das Wort Heinrich Heine's: „Jedes Wort war ein Nachtopf und kein Lehrer“, den er über unsere

jüdischen Mitbürger ausschüttete. Und Herr v. Levetzow, dem man zur Erhaltung des guten Tones erst die Disciplinarbefugnis verweigert hat, sah da, lächelte und ließ das Ausschütten des Ahlwardt'schen Kibels ruhig geschehen. Ja, er wurde ganz leidenschaftlich erregt, als der Abgeordnete Richter über diese Art der Geschäftsführung sich in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung beschwerte. — Erst über Nacht hat Herr von Levetzow eingesehen, daß er nicht mit zweierlei Maß messen darf, daß er unseren Genossen Debel nicht wegen des Ausdrucks deutsche Bedientennatur, wegen Beleidigung der deutschen Nation zur Ordnung rufen darf, wenn er einem Ahlwardt volle Schimpffreiheit gewährt. Ueber Nacht hatte sich der Präsident, wie gesagt, beonnen, Ahlwardt erhielt nachträglich den Ordnungsruf und damit war die heutige Sitzung zu Ende.

55. Sitzung vom 7. März, 1 Uhr.

Die zweite Beratung des Militär-Etats wird fortgesetzt bei der in letzter Sitzung an die Commission zurückverwiesenen Forderung für die Stelle eines Commandanten in Ultona.

Die Commission (Berichterstatter Abg. Dr. Schaedler, Centrum) beantragt, die Stelle zu bewilligen.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf erhebt Einspruch gegen die Auffassung, daß er mit seiner neulichen Aeußerung, die Summe von 7000 Mark sei zu gering, um das Staatsrecht des Hauses anzutasten, hätte sagen wollen, für eine höhere Summe würde er dazu bereit sein. Das hieße das Gewicht seiner Persönlichkeit überschätzen, seine Haltung vor dem Gesetz und den Einfluß des Reichschatz-Secretärs aber erheblich unterschätzen. Er bitte die Forderung dem Commissionsantrage entsprechend, zu bewilligen.

Abg. v. Massow (cons.) erklärt, daß die zunächst der Bewilligung dieser Forderung entgegenstehenden Bedenken durch die nochmalige Commissionsberatung vollständig beseitigt seien, seine Freunde würden daher heute für die Forderung stimmen.

Abg. Pachtke (freis. Vereinig.) bezeichnet die Einstellung dieser Forderung als etatswidrig; es seien auch keine Gründe in der erneuten Commissionsberatung vorgebracht worden, die ihn und seine Freunde bewegen könnten, von dem ursprünglichen Votum der Budgetcommission abzuweichen.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) weist demgegenüber darauf hin, daß die Commission selbst die Gründe des Kriegsministers für Beibehaltung der Stelle mit großer Mehrheit als berechtigt anerkannt habe.

Abg. Richter (freis. Volksp.) kann nicht anerkennen, daß in der zweiten Commissionsberatung irgend etwas wesentlich Neues für die Forderung vorgebracht worden sei. Man stütze sich nur auf das Vertrauen zu dem Kriegsminister und dem Reichschatzsecretär. Das sei aber sehr problematisch, so lange kein Minister-Verantwortlichkeitsgesetz bestehe. Wäre die Stelle wirklich so wichtig, wie man es darstelle, dann würde sie die Regierung nicht selbst als künftig wegfallend bezeichnen.

Abg. Dr. Lieber (Centr.) erwidert, eine Stelle, welche die Regierung früher für entbehrlich gehalten habe, könne sich im Laufe der Zeit sehr wohl als nicht entbehrlich erweisen haben. Das habe die Mehrheit der Commission nach den ihr abgegebenen Erklärungen annehmen müssen. Er empfehle die Annahme der Forderung.

Abg. Debel (Soed.) macht darauf aufmerksam, daß die Militärverwaltung bereits gesetzwidrig verfahren sei, indem sie die als künftig wegfallend bezeichnete Stelle von Neuem besetzt habe. Es seien auch keinerlei Gründe vorgebracht worden, die eine neuerliche Besetzung rechtfertigen könnten.

Im bunten Rock.

Im Verlage von H. Luz in Stuttgart sind im Laufe der letzten Jahre eine ganze Anzahl werthvoller Broschüren erschienen, welche den Mißständen des deutschen Militärsystems zu Leibe gehen. Derart ist auch die soeben erschienene Broschüre: „Zwei Jahre Infanterie“, welche den 1. Theil einer weiterzuführenden Serie „Militärische Streckenbilder in Friedenszeiten“ bildet, aus der Feder von Hermann Schöler. Hermann Schöler, welcher Angehöriger der freisinnigen Volkspartei ist, schilert in seiner Schrift, was er als Soldat des 2. Hannoverschen Infanterie-Regiments Nr. 77 in der Garnison Celle erlebt hat. Der Verfasser macht Anspruch darauf, daß seine Schilderung auf Thatsachen beruhe und wahrheitsgemäß sei und Jeder, der die militärischen Zustände kennen gelernt hat, wird beim Lesen dieser Schrift die Empfindung haben, daß nirgends übertrieben ist. Der Verfasser verfolgt aber nicht nur die Absicht, seine Ergebnisse zu schildern, sondern er thut es um des höheren Zwedes willen, einen neuen Beitrag für die brennende Nothwendigkeit einer gründlichen Reform des militärischen Beschwerdewesens und Disciplinarwesens zu liefern. Und er hat diesen Beitrag im wünschenswerthen Maße geliefert. Da nun wenn die Mängel des Beschwerdewesens und der Disciplinargewalt der Vorgesetzten auch hinlänglich bekannte Thatsachen sind, so treten sie uns in den vorgelieferten überaus drastischen

Beispielen von neuem in ihres ganzen Wucht vor die Seele; wissen wir doch, daß unsere Söhne und Brüder, daß stets eine halbe Million unserer Volksgenossen diesen Zuständen und Mißständen unterworfen sind und jeden Tag durch dieselben in die schlimmste Lebenslage gestürzt werden können.

Schöler schildert sehr anschaulich die erste Zeit seines Militärdienstes. Er stellt sich als einer Derjenigen vor, die fälschlicherweise der Truppe im voraus als Socialdemokraten angekündigt wurden. Seine heimathliche Polizeibehörde hatte aus irgend welchen ganz unzureichenden Gründen ihn als Socialdemokraten angekreuzelt; das genügte, um dem jungen Mann sofort eine besonders scharfe Beobachtung zu verschaffen, ohne daß man ihm aber darüber etwas sagte. Er selbst bezeichnet jene Denunciation als eine „ganz ordinäre Verdächtigung“ und seine Schrift hat deshalb auch keineswegs eine „socialdemokratische Tendenz“ — wir meinen, die Tendenz, den Militarismus in seiner heutigen Form überhaupt zu bekämpfen —, sondern sie will, — und auch dies ist eine bedeutende Aufgabe — für eine würdige Behandlung des Soldaten und Besserung seiner rechtlichen Lage gegenüber Ungerechtigkeiten der Vorgesetzten eine Lanze brechen. Wie unwürdig die Lage des Soldaten ist, dafür bietet die Erfahrung Schöler's den besten, aber traurigsten Beweis, daß es nämlich zu seiner Dienstzeit in den einzelnen Compagnien kaum einen einzigen Mann gab, der in seiner Rekrutenzeit nicht geprügelt worden wäre!

Sehr interessant ist die ausführliche Darlegung

des Verfassers von dem Verlaufe einer Beschwerdeführung gegen ihn vom Regimentcommandeur zu dictirten 5 Tage strengen Arrest, „weil er den Controlapparat des Wasserfilters abschließend untauglich gemacht hat.“ Thatsächlich, sagt Schöler, sei von Abschließlichkeit hierbei nicht zu reden gewesen, mindestens habe jeder Beweis dafür gemangelt; die Beschädigung des Controlapparats beim Wasserpumpen — auch ein für die militärische Ausbildung höchst wichtiger Dienst! — geschah ohne Schuld des Bekraften, jedenfalls höchstens durch Fahrlässigkeit. Schöler führte daher Beschwerde gegen seinen Oberst: seine Beschwerde wurde als unbegründet zurückgewiesen, der Beschwerdeführer ging wegen unbegründeter Beschwerdeführung 3 Tage in Arrest, eine weitere Beschwerde an den Divisioncommandeur brachte ihm 7 Tage Arrest; der commandirende General des Armeecorps — es war der spätere Kriegsminister Bronsart von Schellendorf — wies die weitere Beschwerde zurück; es hieß da: Dem Beschwerdeführer könne allerdings die „Absicht“ nicht nachgewiesen werden, aber es wäre auch das Gegentheil nicht beweisen! Schöler bekam von neuem vierzehn Tage Arrest, nach deren Verbüßung er sich schließlich noch an den Kaiser wandte; auch von dieser Stelle wurde die Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen, weil es ihm nicht gelungen sei, das „Fahrlässige“ seiner Handlungsweise nachzuweisen; von einer nachmaligen Bestrafung wurde „in Gnaden“ Abstand genommen. Die Ereignisse der letzten Jahre und der dem Regimente großes Aufsehen erregenden Beschwerdeführung

Die Forderung wird darauf gegen die Stimmen der Freisinnigen und Socialdemokraten bewilligt.

Zu dem Titel „Mannschaften“ in besonderen Commandos bemerkt

Abg. von Bollmar (Soc.). Das heutige System der Beurlaubungen von Soldaten zu Ernte- und sonstigen Arbeiten mache den freien Arbeitern starke Konkurrenz, man möge daher von denselben abgehen. In Bayern kämen solche Beurlaubungen auch nicht vor.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff erwidert, diese Beurlaubungen erfolgten ebenso in anderen Bundesstaaten wie in Preußen. Der Umfang der Beurlaubungen sei auch ein verhältnismäßig geringer. Der Bedarf sei eben nicht groß. Die Landwirthe nähmen lieber ländliche Arbeiter als Soldaten, für die sie außer Lohn und Kost noch Reisegeld aufwenden müßten. Trübe dann oben drein schlechtes Wetter ein, so hätten sie nicht einmal Arbeit für sie.

Abg. Freiherr v. Mantuffel (cons.) stimmt dem Kriegsminister durchaus zu. So lange die Landwirtschaft einerseits unter dem Arbeitermangel, andererseits unter den gedrückten Preisen leide, sei ihr die Beurlaubung von Soldaten zu Erntearbeiten nur willkommen.

Abg. v. Bollmar bezweifelt, daß die freien Arbeiter billiger arbeiteten und fragt an, in welcher Weise die Lösung der commandirten Soldaten erfolge.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff erwidert, letzteres richte sich nach den örtlichen Verhältnissen; der Durchschnittslohn für Soldaten, die zu Erntearbeiten commandirt würden, betrage 2.29 Mark. Für ländliche Verhältnisse sei das wohl kein zu niedriger Betrag.

Abg. Holz (Reichsp.) bemerkt, die Landwirthe griffen nur zur Verwendung beurlaubter Soldaten, wenn überhaupt keine freien Arbeiter mehr zu haben seien. Von einer Konkurrenz diesen gegenüber könne daher keine Rede sein.

Der Titel wird bewilligt.

Zu dem Titel „Bureaus und zu kleinen Ausgaben“ beantragt die Commission folgende Resolution:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, es möge Bestimmung getroffen werden, daß der erfolgreiche Besuch eines Lehrerseminars die Berechtigung zum Dienste als Einjährig-Freiwilliger in sich schließt.

Abg. Weiß und Genossen (frei. Volksp. und frei. Verein.) beantragen dagegen folgende Resolution:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, es möge Bestimmung getroffen werden, a) daß der erfolgreiche Besuch eines Lehrerseminars die Berechtigung zum Dienste als Einjährig-Freiwilliger in sich schließt, b) daß durch die in Aussicht stehende Einführung des Einjährigendienstes der Volksschullehrer und Candidaten des Volksschulamtes denselben die Berechtigung zur Ableistung des Militärdienstes als Einjährig-Freiwilliger nicht entzogen wird.

Abg. Weiß (frei. Volksp.) beweist zur Begründung seines Antrages auf den wiederholt in den Versammlungen der Lehrervereine zum Ausdruck gebrachten Wunsch. Dieser Wunsch werde auch seit alleinig als berechtigt anerkannt. In Österreich, wo die wissenschaftlichen Anforderungen bezüglich des Einjährig-Freiwilligendienstes viel strenger seien als bei uns, habe man den Volksschullehrern die Berechtigung zu demselben bereits zugehört.

Staatssekretär v. Bötticher: Das Wohlwollen des Kriegsministers hat diesen veranlaßt, im Staatsministerium die durch die Resolution Weiß angeregte Frage zur Erörterung zu stellen. Entschieden ist sie dort nicht, aber ich darf annehmen, daß sie im Sinne des Vorredners ihre Lösung finden wird. Formell ist die Resolution Weiß allerdings insofern nicht unbedenklich, weil man doch nicht generell ohne Weiteres sagen kann, die seminaristische Ausbildung sei der wissenschaftlichen vollständig gleichwertig. Die zweite Forderung der Resolution Weiß halte ich dagegen für überflüssig. Gewährt man einmal den Volksschullehrern die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst, so kann ihnen dieselbe durch eine Neuordnung ihrer Dienstpflicht nicht entzogen werden.

Abg. Kossida (wülflib.) empfiehlt trotz dieser Erklärung die Resolution Weiß zur Annahme.

Abg. Dr. Lieber (Centr.) tritt gleichfalls für den

Antrag Weiß ein und hält es nur für rathsam, daß den Lehrern, die ihre Dienstpflicht genügen müssen, eine Beihilfe von der Unterrichtsverwaltung gewährt werde.

Abg. Wasser mann (natl.) stellt sich auf den Boden berechtigter Wünsche Rechnung. Die Resolution der Commission beantragte Resolution zu beschränken.

Abg. Dr. Pachnide (frei. Volksp.) glaubt, das Haus werde trotz der vom Staatssekretär von Bötticher geäußerten formalen Bedenken die Resolution der Commission möglichst einstimmig annehmen.

Die Resolution Weiß wird darauf zurückgezogen.

Staatssekretär v. Bötticher bemerkt, seine Bedenken richteten sich nur dagegen, daß man generell ausspreche, die seminaristische Bildung sei der auf den wissenschaftlichen Instalten erlangten durchaus gleich. Wollte der Reichstag mit Annahme der Resolution nur einen Wunsch aussprechen, so habe er nichts dagegen; es sei ja nur eine Resolution und die thue, wie alle anderen Resolutionen, nicht sehr weh. (Weiterkeit).

Abg. Dr. Lieber hofft, dieser Wunsch des Reichstags, wenn er auch in Form einer Resolution vorgebracht werde, werde bei den verbündeten Regierungen mehr Entgegenkommen als mancher andere finden.

Abg. Werner (Reformp.) befürwortet die Annahme der Resolution. Dieselbe werde dazu beitragen, das Ansehen des Lehrerstandes zu heben. Letzteres aber sei von größter Wichtigkeit.

Abg. Bebel (Soc.) erklärt sich, wie im vorigen Jahre gegen die vorliegenden Anträge, da seine Partei nicht dazu beitragen wolle, das von ihr nicht gebilligte Privileg des Einjährigendienstes zu erweitern.

Abg. v. Leipziger (cons.) erklärt, seine Partei würde für die Resolution der Commission stimmen.

Abg. Dr. Müller (Sagan, frei. Volksp.) erwidert dem Abg. Bebel, es handle sich hier nicht um die Schaffung eines neuen Privilegs; den Lehrern solle nur das gewährt werden, was ihnen längst versprochen worden sei.

Die Resolution der Commission wird darauf gegen die Stimmen der Socialdemokraten angenommen.

Beim Kapitel „Naturverpflegung“ empfiehlt

Abg. Fehr v. Buol (Centr.) eine größere Berücksichtigung des Grundbesitzes, möglichst direct bei den Producenten den Bedarf der Proviandämter zu decken. Man möge sich hier das Vorgehen der bayerischen Militärverwaltung zum Muster nehmen, die durch einen Erlaß die Proviandämter angewiesen habe, sich direct an die ländlichen Genossenschaften zu wenden.

Generalmajor Fehr v. Semmungen erwidert, die Centralbehörden seien unabhängig in der vom Vorredner gewünschten Richtung thätig, gleichwohl werde es wohl nicht so bald gelingen, allgemein den directen Einkauf beim Producenten durchzuführen. In ganz kleinen Quantitäten könne eben die Militärverwaltung nicht kaufen. Ein Ausweg biete sich in den vom Vorredner erwähnten Genossenschaften, deren Vertrauensmann den Verkauf abzuwickeln müsse.

Abg. Schall (cons.) wünscht eine officielle Auskunft darüber, ob der Bau einer Conserverfabrik geplant sei oder nicht. Er befürchte, daß dadurch nur Arbeiterentlassungen bei den bisher bestehenden Fabriken veranlaßt würden. Bei solchen Entlassungen sollte die Militärverwaltung die zu Entlassenden rechtzeitig davon verständigen, damit sie sich darauf einstellen können.

Generalmajor Fehr v. Semmungen erklärt, die Absicht, eine dritte Conserverfabrik zu bauen, bestehe bei der Militärverwaltung nicht. Die bisherigen Fabriken genügten vollkommen, um den ganzen Bedarf der Armee in Friedens- und Kriegsjahren zu decken. Würden Arbeiter entlassen, so ersähen sie das rechtzeitig genug, um sich darauf einzurichten zu können.

Abg. Singer (Soc.) bemerkt dem Abg. Schall, die Arbeiter und Arbeiterinnen der Militärverpflegung müßten genau, daß ihre Interessen von der Socialdemokratie besser gewahrt würden, als von der Partei des Vorredners. Am besten lasse man für ihre Interessen, wenn man höhere

Bezüge zahle und dafür Sorge trage, daß Arbeiterentlassungen möglichst vermieden würden.

Der Titel Proviandämter wird bewilligt.

Präs. v. Levetzow: Ich nehme Veranlassung, einen gestrigen Vorfall zurückzukommen. Wenn hier über verlebende Äußerungen gegen Parteien, Interessengruppen, Schichten gefallen sind, wie Junker, Pfaffen u. s. w., so immer vorausgesetzt worden, daß damit eine Allgemeinheit nicht aber bestimmte Personen gemeint waren. Ich habe das immer bedauert, aber mich nicht für im Stande gehalten, der Gewohnheit entgegenzutreten. Ich möchte auch um keinen Fall, daß diese Gewohnheit weiter um sich greife. Nun hat gestern der Abg. Ahlwardt von jener Vicenz ein übermäßigen Gebrauch gemacht, in einer Weise, die mit Würde des Hauses nicht verträglich ist. Ich erinnere mich an den Ausdruck „Krauthiere“, den er anwandte auf die deutschen Reichsbürgerrecht genießenden Juden. Um solche Vorkommnisse vorzubeugen und den üblen Consequenzen die daraus entstehen können, rufe ich den Abg. Ahlwardt nachträglich zur Ordnung. (Beifall.) Ich bin dazu bereit, durch eigene Erwägung, nicht durch eine geschäftlich-ordnungswidrige und deshalb von mir gestern zurückgewiesene Bemerkung.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr (Fortsetzung heutiger Beratung).

Schluß 5 Uhr 45 Minuten.

Parteiangelegenheiten.

Landtagswahl in Gera. Bei der am Dienstag, den 5. d. M. vollzogenen Ersatzwahl zum Landtage erhielt Wetterlein (Soc.) 231, Raib (Freis.) 255, Gasse (cons.) 11 Stimmen. Für die in Folge dessen erforderliche Stichwahl hat Genosse Wetterlein gute Aussichten.

Die Preisconferenz der Parteigenossen des Oberrheinischen Kreises, welche am Sonntag in Essen stattfand, beschloß, 12 gegen 2 Stimmen, bei dem rheinischen Agitationsbezirk zu bleiben. Als Kreis-Vertrauensmann wurde hierauf, d. Beschluß des Duisburger Parteitagess entsprechend, Genosse Sittenfeld, Essen, Rheinische Straße 22, gewählt. In Bezug auf die Presse wurde der Beschluß gefaßt, an der in Dortmund erscheinenden „Arbeiter-Zeitung“ festzuhalten.

Der Boykott gegen die Münchener Rind-Bräuer wurde, nachdem die Bräuerei sich verpflichtet hatte, ihren Saal den Socialdemokraten zu allen Versammlungen und Festen freizugeben, von einer Parteiverammlung aufgehoben.

Partei-Presse. In Zürich soll ein socialdemokratisches Tageblatt gegründet werden. Die Züricher und Winterthurer Genossen entwickeln für die Verwirklichung dieses Projectes große Thätigkeit. An der letzten Delegirten-Versammlung der Arbeiter-Union Winterthur und Umgebungen lagen im „Grünländer“ folgende Anträge vor: 1. Um dem Blatte eine möglichst große Verbreitung zu verschaffen, ist für Winterthur und Umgebung eine eigene Ausgabe herzustellen in der Sinne, daß die vierte Seite desselben für Winterthurer reservirt bleibe; dadurch würde das Organ zu einem Winterthurer Tageblatt gestempelt und das Halten von anderen Blättern entbehrlich gemacht. 2. Einer der beiden Redacteure soll seinen Wohnsitz in Winterthur haben, d. h. er soll während der Arbeitszeit in Zürich als Redacteur thätig sein und Abends nach Winterthur zurückkehren. Dadurch bekäme derselbe einen Einblick in die Winterthurer Localpolitik und eine solche Umgestaltung des Blattes hervorrufen, leistet die Arbeiter-Union einen Beitrag von 5000 Francs an den Preisfonds für das erste Jahr, d. h. 3500 Francs in Baar und 1500 Francs in Gestalt von Inseraten der der Arbeiter-Union Winterthur angehörenden Vereine.“ Sämmtliche Redner sprachen sich für Annahme dieser Anträge aus und die zwei anwesenden Mitglieder der Preiscommission erklärten dieselben für annehmbar. Der Namensaufruf ergab einstimmige Annahme. Eine Commission von sieben Mitgliedern ist mit der Ausführung des Beschlusses beauftragt.

Lebensweise der Partei. In Hannover ist der Parteigenosse Karl Bertram einem jahrelangen Lungenerleiden erlegen. Der Verstorbene war längere Jahre Candidat des

Verfahrens sind sehr lebendig und eindrucksvoll gehalten.

Natürlicher Weise erstarrte sich ein Soldat, der so auf dem, was er für sein Recht hielt, bestand, keiner Beliebtheit bei seiner Truppe. Die Folgen seiner „Parteilichkeit“ sollten sich denn auch zeigen. Diesen weiteren Theil der Geschichte Scholler's wollen wir im folgenden mit seiner eigenen Worten mittheilen. Einem weiteren Commentar unserserseits werden dieselben nicht bedürfen. Er schreibt:

Als es war an einem heißen Julimontage. Am Sonntage vorher hatten drei Kameraden aus meiner Compagnie wieder „über den Zapfen gestrichen“. Die armen Kerle wurden dafür am anderen Morgen nach allen Regeln preussischer Militärdisziplin „gebüßt“. Gleichzeitig war für die genannte Compagnie von Nachmittags 1-2 Uhr, wo also die Sonne so recht schön brannte, Straferciren angelegt. Es mochte eben 12 Uhr geschlagen haben, als ich recht unternehmungslustiger Sergeant, Ganze heißt der Viebermann, mit sei-er Desinquanten, von denen einer „Klapp“ geworden war, in die Kaserne rühte. Auf der Treppe trat er mich mit einem andern Kameraden an und was geschah nun? — Er befaß uns beiden, wir sollten uns sofort feindlich ansträuben und an dem Straferciren jezer drei, das sofort sonigehört werden würde, mit Theil nehmen. Warum? das sagte er uns nicht.

Ich ging mit meinem Leibensgefährten an die Stube. Raum hatte ich die Thür im Schloß, da trat

auch mein ingrämiges Fetz auf die Junge, und nun rathsamlich ich weder darauf las, daß ich so ohne Weiteres von einem simplen Sergeanten zum Straferciren commandirt werden sollte. Mein Unmuth war ja auch nur zu begreiflich, denn ein Straferciren schmeckt gerade nicht angenehm, ich wußte das aus Erfahrung. Schließlich sagte ich zu meinem Kameraden, das es das Beste wäre, wenn wir überhaupt nicht mitmachten. Der redete mir aber zu und so ordnete ich denn innerlich und äußerlich mein Gepöck, zog mein Ehrenkleid an und meldete mich im vollstündigen feindlich-märchensmäßigen Anzuge bei dem braunen Exerciermeister. Der Sergeant wackelte mit Remerklich mein Aeußeres, zunächst von vorn, daß hieß es „Lehr“. Er schaltete an meiner Leinwand, der ihm sehr verdächtig leicht erschien, denn er fragte mich, was ich darin hätte. „Nichts!“ sagte ich. „Nur ein weg, zwei Sandbläse werden hinein geracht.“ Na, das war ja niedlich. Allein, was half? Ich mußte ja auch pünktliche Sandbläse einpacken.

So, nun konnte der Tag beginnen. (Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

Ein überaus gefährliches Schicksal hat, wie aus Oben in Beifolgendem ersicht, auf der Grube „Almine“ bei Böhmen stattgefunden. Der Damm hat zusammengebrochen und

über ein eigentümliches Verbrechen wird uns Böhmen berichtet. Der Damm hat zusammengebrochen und

Margita wurde von freulerischer Hand durchstochen, wodurch Margita theilweise überschwemmt wurde. An vielen Stellen des Landesflusses ist die Lage gefährdend und werden Katastrophen befürchtet. An mehreren Orten kam es zu erheblichen Zusammenstößen, weil sich die Bevölkerung an den Rettungsarbeiten nicht beteiligen wollte; Militärabtheilungen sind zur Ausführung dieser Arbeiten abgegangen.

Ein ehrlicher Entführer. Eine angenehme Ueberraschung wurde, wie man dem „Pester Lloyd“ schreibt, dieser Tage dem Flete-Schrammer Landwirth Michael Pap zu Theil. Vor vierzehn Jahren war ihm nach kaum einjähriger Ehe seine junge Frau von einem Unbekannten entführt worden. Pap hatte sich keinerlei Mühe gegeben, die verlorene Frau wieder zu erlangen. Kürzlich stellte sich nun bei ihm ein Unter Bauer, Gabriel Soff, ein, der ihm die Rittbeilung machte, er sei es gewesen, der vor vierzehn Jahren Frau Pap entführt habe. Jetzt sei er, Soff, Nazarener geworden, und im Sinne der Lehren seiner neuen Glaubens müsse er Alles, was nicht rechtmäßig ihm gehöre, dem wirklichen Eigentümer zurückgeben. So habe er denn jetzt Frau Pap ihrem Gatten zurückgebracht und auch das Ergebnis der unrechtmäßigen Ehe — fünf lebende Kinder — stelle er Pap zur Verfügung. Pap war von dieser Entdeckung begreiflicherweise sehr überrascht, allein da auch er dem reumüthigen Nazarener nichts schuldig bleiben wollte, prügelte er Soff derart, daß derselbe beinahe todt auf dem Plage blieb. Das Gericht wird jetzt die curiose Geschichte zu entscheiden haben.

Ein Brand grüßte ein Personenzug auf der Strecke Odeffe-Sivadia. Zahlreiche Reisende retteten sich durch einen Sprung aus den Fenstern. Der größte Theil der Passagieren ist verbrannt.

Bei einem Grubenbrand in der Grube „Soliel“ bei Comanche in der spanischen Provinz Badajoz sind 21 Bergleute erstickt.

und 10. hannoverschen Reichstags-Wahlkreises und hat, so lange es sein Gesundheitszustand noch erlaubte, keine Strapazen gescheut, und unermüdet für die Verbreitung unserer Ideen gewirkt. Selbst als schon die Folgen des in ihm liegenden Todeskeimes sich bemerkbar machten, hat der nunmehr Entschlafene noch seine Schuldbiligkeit gethan und ausgeharrt bis zum letzten Athemzuge. Genosse Bertram hat ein Alter von etwa 49 Jahren erreicht. Er hat eine Wittwe und 4 Kinder, von denen das jüngste erst etwa ein Jahr alt ist, hinterlassen. — Friede seiner Asche!

Arbeiterbewegung.

Die Arbeitsniederlegung der 800 Knopfabriker von Schmölzn haben wir gestern bereits mitgeteilt. Der Grund zu der Arbeitseinstellung war der sogenannte Einheitstarif. Bisher war man allgemein der Meinung, daß der von den Fabrikanten ausgearbeitete Lohnstarif ein einigermaßen annehmbarer sei. Die vom Holzarbeiterverbande (Zahlstelle Schmölzn) gefertigte Statistik der Tarife bewies jedoch, daß dies nicht der Fall sei. Es sind in 17 Fabriken die Lohnstarife eingesammelt und mit dem Einheitstarif verglichen worden. Das Resultat war: in 6 Fabriken würde er durch den Einheitstarif absolut schlechter werden, in drei Fabriken würde er gleich bleiben, in 3 theilweise gleich bleiben und (in verschiedenen Branchen) schlechter werden, während 5 Fabriken eine kleine Verbesserung hatten. Die überwiegende Mehrzahl würde also durch den Lohnstarif sich verschlechtern. Es versteht sich von selbst, daß die Arbeiter einmüthig beschlossen, daß sie diesen Tarif nicht anerkennen wollten und könnten.

Die Gewerkschafts-Organisationen in Brandenburg a. N. waren nach einer Statistik, die das Gewerkschafts-cartell im Februar d. J. aufgenommen hat, im Ganzen 1158 Männer und 122 Frauen. Das ist eine sehr geringe Zahl im Verhältnis zu dem am Platze in der Industrie thätigen Arbeitern und Arbeiterinnen, welche 4214 bzw. 1657 beträgt. Nur bei den Tabakarbeitern sind sämtliche männlichen und weiblichen Gewerkschaften organisiert. Dann folgen die Buchdrucker, die nur einen Berufsgegenstand als nicht organisiert aufzuführen. Die Ziffern zeigen, wie sehr viel noch gearbeitet werden muß um nur erst die größte Zahl der Arbeiter in die Organisation zu bekommen.

In einer Preisverzeichnisse-Versammlung in Solingen wurde bekannt gegeben, daß die beiderseitige Kündigung des Preisverzeichnisses auf sechs Monate mit dem Fabrikantenverein vereinbart ist.

Die Lederarbeiter der Lederfabrik von Hermann und Gttinger in Durlach haben in Folge einer Lohn-Differenz sämtlich die Arbeit am 4. d. M. niedergelegt. Die Fabrikanten erklärten kurzweg, mit den Arbeitern in keine Verhandlung zu treten. Zu unterstützen sind 22 Beirathende und 3 Ledige. Sämtliche gehören dem Verband der Lederarbeiter Deutschlands an. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Zugug ist strengstens fernzuhalten.

Arbeiter-Secretariat in der Schweiz. Auf Antrag des schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes hat der Bundesvorstand des Arbeiterbundes folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung hält den Beschluß des Vieler Arbeitertages aufrecht, es sei die Stelle für eine Vertretung der schweizerischen Metallarbeiter im Arbeiter-Secretariat sobald als möglich zu besetzen, d. h. sobald die Möglichkeit vorhanden, eine Nachsubvention vom Bunde für das Arbeiter-Secretariat zu erhalten.“

Der österreichische Holzarbeiterverband hat beschlossen, die Reiseunterstützung von 10 Kreuzer per 30 Kilometer auf 11 Kreuzer zu erhöhen.

Locales.

Breslau, den 8. März 1895.

* **Die Arbeiter und Arbeiterinnen Br. Klaus** machen wir hiermit nochmals auf die am Sonntag, den 10. ds. Mts., Vormittags 11 Uhr, im Saale des „Kronprinzen“, Kurze Gasse, stattfindende große Protestversammlung gegen die Tabaksteuervorlage aufmerksam. Die Annahme dieses Steuerprojectes würde dem Arbeiter nicht nur sein harmloses Vergnügen, das Rauchen, ganz erheblich vertheuern, sie würde auch in Breslau hunderte von Arbeitern brotlos machen und die ohnehin erbärmliche wirtschaftliche Lage der Gesamtarbeiterschaft noch erheblicher verschlechtern. Nicht minder aber würde der Kleinbetrieb unter den verderblichen Wirkungen der Tabaksteuer leiden und deshalb sollten sich auch die Angehörigen des Mittelstandes dem Proteste gegen die Tabaksteuer anschließen. Wirke daher Jedermann eifrig für den Besuch der Sonntagsversammlung und bekunde damit, daß sich in Breslau kein Freund jenes unfeilvollen Steuerprojectes findet!

* **Stadtverordneten-Versammlung.** Als die Vorlage des Magistrats, betreffend die Unterstützung des Hallenschwimmbades seitens der Stadtgemeinde das erste Mal in der Versammlung zur Berathung stand, hielt es keiner der Stadtväter für nöthig, in dieser überaus wichtigen Sache auch nur ein Wort zu reden, so daß man anzunehmen berechtigt war, sie seien sämtlich mit der Vorlage des Magistrats einverstanden und nur, weil es so üblich ist, überweise man dieselbe an den Ausschuss. War diese Behandlungsweise einer weite Kreise aufs Lebhafteste interessirenden Frage zweifellos eine sehr auffallende, so muß es erst recht verwunderlich erscheinen, daß gestern über das Hallenschwimmbad und seine Unterstützung so viel und so lange gesprochen wurde. Gleich der Referent, welcher die Ausschussan-

träge zur Annahme empfahl, leistete sich eine Vorlesung, denn eine solche war es in der That, die an Weitschweifigkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Der erste Discussionredner, Stadtverordneter Seibel I, darf den zweifelhaften Ruhm davontragen, der erste der Stadtväter gewesen zu sein, der sich gegen die Subventionirung des Hallenschwimmbades seitens der Stadtgemeinde wandte, ohne freilich sonderlichen Eindruck zu machen. Um so mehr schienen dies anfänglich die ähnlich gehaltenen Ausführungen des Stadtv. Morgenstern zu bewirken. Er ist ein großer Freund des Hallenschwimmbades, eine Anstalt, über deren Gemeinnützigkeit und Nothwendigkeit gar nicht mehr zu streiten ist; die Stadt sei auch moralisch verpflichtet, gerade im Interesse der unbemittelten Klassen etwas für die zu errichtende Anstalt zu thun, wenn sie sich nicht schwerer Unterlassungssünden schuldig machen will, aber nur keine Unterstützung in der vom Magistrat gewünschten Weise. Sie geht ihm zu weit und noch weniger kann er sich als echter Manchestermann damit einverstanden erklären, daß das Hallenschwimmbad später einmal in den Besitz der Stadt Breslau übergehen soll; das scheint ihm außerordentlich bedenklich. Und wohin kämen wir denn, so ungefähr rief Herr Morgenstern seinen Kollegen zu, wenn alle Einrichtungen, die dem Gemeinwohl dienen, von der Stadt übernommen werden sollten? Dann kommen wir allmählich zum — socialistischen Zukunftsstaat. Diese Drohung mit dem socialistischen Zukunftsstaat war einigen biederen Stadtvätern so recht aus der Seele gesprochen, denn sie gaben Herrn Morgenstern ihre Zustimmung zu erkennen; auf den größten Theil der Stadtverordneten machte jedoch auch diese offenbare Verekelung der Magistratsvorlage keinen Eindruck. An der Debatte theilnahmen sich darauf noch mehrere Redner, die ohne Ausnahme für die Gewährung der beantragten Unterstützung eintraten; die Abstimmung ergab schließlich die Annahme der Vorlage mit den vom Finanzausschuss empfohlenen Abänderungen. — Einige der Redner, die in der gestrigen Schwimmbaddebatte zum Worte kamen, konnten nicht genug darauf hinweisen, daß die Anstalt, die geschaffen werden soll, insbesondere den unbemittelten Klassen zu Gute kommen wird und Stadtv. Ehlers wies, wie die „Breslauer Morgen-Zeitung“ hervorhebt, darauf hin, „daß gerade unserer Zeit, die ten Arbeiter mehr und mehr zur Maschine herabdrückt, ihrerseits die Pflicht habe, Einrichtungen zu schaffen, durch welche jener den Menschen entwürdigende Einfluß wieder aufgehoben werde.“ Wird nun aber in Wirklichkeit der arbeitenden Bevölkerung durch die Errichtung des Hallenschwimmbades in ausreichendem Maße Gelegenheit geboten werden, das in ihr vorhandene Bade-Bedürfnis befriedigen zu können? Wenn man sich nach den schönen Worten der Stadtväter richten sollte, wäre freilich diese Frage zu bejahen, ihre Thaten aber zwingen dazu, dieselbe entschieden zu verneinen. Zunächst wurden sechs Stunden in der Woche festgesetzt, während welcher die zahlreiche Arbeiterbevölkerung Breslaus das Hallenschwimmbad nur besuchen darf. Die Stadtverordneten-Versammlung hat die Stundenzahl um zwei erhöht, das ist Alles und doch noch lange nicht das, was im Interesse der unbemittelten Klassen und zur Rechtfertigung der bewilligten Subvention geschehen mußte.

* **Die Breslauer Canalgebühr,** das Schmerzenskind von Magistrat und Stadtverordneten, ist, wie der Kammerer Körte in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung mittheilte, genehmigt worden. Vor einigen Tagen waren Vertreter der Stadtgemeinde Breslau bei dem Regierungspräsidenten anwesend, um demselben die Einzelheiten bezüglich der von den städtischen Behörden beschlossenen Canalgebühr eingehend darzulegen. Der Bezirksauschuss hat nun in einer gestern abgehaltenen Sitzung die Canalgebühr der Stadt Breslau so, wie sie ihm vom Magistrat vorgelegt worden ist, auf drei Jahre genehmigt.

* **Die Deffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen** berechtigt nicht ohne Weiteres zum Aufenthalt in den Corridoren des Gerichtsgebäudes; wer nicht eine Vorladung in Händen hat, mag, falls der Zuhörerraum gefüllt ist, das Gebäude verlassen, sobald ihn der zuständige Beamte auffordert.

* **Das sogenannte Sommerfesten** am Sonntag Latare (24. März) wird auch in diesem Jahre verboten. Gegen die zu diesem Zweck umherziehenden Kinder, bzw. deren Eltern, Vormünder und dergl. wird das königl. Polizeipräsidium mit Strafen vorgehen.

* **Stadt-Theater.** Freitag, findet die erste Aufführung des Schauspiels „Dittie“ von Friedrich Gustav Triesch statt. Sonnabend, gelangt A. Borjings komische Oper „Der Wildschütz“ zur Aufführung.

* **Thalia-Theater.** Sonntag geht das Lustspiel „Der Salontiroler“ von G. Moser in Scene, der Villetvorverkauf für diese Vorstellung findet Morgen, Sonnabend, von 10 bis 3 Uhr, bei E. A. Schleginger, Ring 10.11, statt.

* **Concordia-Theater.** Heute werden „Zehn Mädchen und kein Mann“, Operette von Suppé und „Die Hochzeitsreise“ von Benedix wiederholt. Sonntag geht das bekannte Volksstück „Anna-Lise“ in Scene. Zum Benefiz für die beliebte Soubrette Fr. Strauß findet Mittwoch die Premiere von Treptows Posse „Unsere Don Juans“ statt. Billets sind schon jetzt täglich im Theaterbureau zu haben.

* **Die Leiche des Regisseur Baumann** ist gefunden worden. Wie telegraphisch aus Gull gemeldet wird, ist dort eine Fischerschmack mit der Leiche des Passagiers der „Elbe“, Baumann, eingetroffen. Die Leiche wurde bei Lomestoft aufgefischt. Die bei der Leiche vorgefundenen Gegenstände: Geld, Papiere, Trauring und Uhr wurden dem deutschen Consul ausgehändigt.

* **Grober Unfug.** Unnütze Hände hoben in den letzten Nächten einen großen Theil der Schreiben in den Schaukästen der Lehrer der Kalligraphie zertrümmert. Es sind gewöhnlich junge Leute aus den „besseren Ständen“, die solchen Unfug machen.

* **Des Kindes mordes verdächtig** ist die Fabrikarbeiterin Marie Pöpel in Untersuchungshaft genommen worden. Dieselbe hat am 6. November v. J. die Frauenklinik mit ihrem 14 Tage alten Knaben verlassen und seit jenem Tage fehlt jede Spur des Kindes. Die Angaben der Verhafteten sind unglaubwürdig. Sie behauptet, nach ihrer Entlassung sei sie mit der Pferdebahn bis auf den Leffingplatz gefahren, dort sei sie von einer Ohnmacht befallen worden. Bei ihrem Erwachen habe sie auf einer Bank geessen und das Kind auf ihrem Schoß gelegen. Hierauf sei sie mit der Pferdebahn bis auf den Ring gefahren, wo sie bis zum Schweibn. Keller gegangen sei und sich vor demselben auf eine Bank gesetzt habe. Dort habe sie einen Krämpfeanfall bekommen. Als sie wieder zur Besinnung gekommen sei, sei das Kind verschwunden gewesen. Sie habe alle möglichen Nachforschungen angestellt, doch sei das Kind verschwunden geblieben. Es ist anzunehmen, daß die Pöpel sich ihres Kindes gewaltiam entledigt hat, jedoch waren alle Ermittlungen der Behörden bis jetzt ohne Erfolg. Ueber den Verbleib des Kindes ausklärende Angaben wolle man im Zimmer 11 des Polizeipräsidiums machen.

* **Diebstahl.** In der Nacht zum 5. d. Mts. ist Kupferschmiedestraße 50.51 ein Schaukasten erbrochen worden, aus dem Stoffreste und eine Schürze im Gesamtwerte von 10 Mark gestohlen wurden.

* **Polizeiliche Nachrichten.** Verhaftet am 6. d. Mts. 55 Personen. — Abhanden gekommen: ein gelberer Trauring, ein Verloque in Form eines Dreiecks, ein Vincenez und eine goldene Damenuhr. — Gefunden wurden: ein Militärpaß, eine Handtasche, eine Brieftasche, eine Pferdebede, ein goldenes Medaillon, eine Dreimarkstück, eine Damenuhr Nr. 60,180.

Gewerbegericht. In den beiden letzten unter dem Vorsitz der Stadtrathe Klette und Peterson abgehaltenen Sitzungen wurden unter anderen folgende Streitfälle verhandelt.

Der Tischlermeister Kelling verlangt von dem Tischlergesellen Sudow, der bei ihm eine Zeitlang auf Accordarbeit beschäftigt war, den Betrag von 4,52 Mark, den er ihm angeblich vorstufweise für die zu leistende Arbeit gegeben hatte, die Sudow aber nicht vollendet habe. Beklagter ist dagegen der Meinung, daß dieser Anspruch durch die fünfzehn Ueberstunden, die er an der Arbeit verwannt habe, und einige Auslagen vollständig ausgeglichen sei, und beantragt die Abweisung der Klage. Da aber Beklagter für seine Angaben einen genügenden Beweis nicht erbringen konnte — Kläger hatte sie bestritten, so war er gezwungen die klägerische Forderung anzuerkennen.

Der Klempnergejelle Eisermann klagt gegen die Firma Kleemann u. Ury auf Zahlung einer achtstägigen Lohnentschädigung von 16 Mark, weil ihm nicht rechtmäßig gekündigt worden sei. Beklagte erhoben den Einwand, daß ihnen das Recht zugestanden hätte, Kläger ohne Kündigung zu entlassen, sie hätten aber von ihrem Recht keinen Gebrauch gemacht, sondern ihm eine achtstägige Kündigungsfrist gewährt, die auch innegehalten worden wäre. Kläger behauptet dagegen, daß die Kündigung nicht der Fabrikordnung gemäß erfolgt sei; eine Bestimmung derselben besage ausdrücklich, daß nur an Lohntagen gekündigt werden dürfe, Lohnstag aber sei in der Fabrik der Sonnabend, ihm sei aber an einem Montag gekündigt worden.

Das Gewerbegericht erkannte an, daß Kläger in seinem Rechte ist; sobald eine Kündigung erfolge, müsse sie vorschriftsmäßig erfolgen, was hier nicht geschehen sei. Die Parteien verglichen sich schließlich.

Die Arbeiterin Körner, die in der Duntpapier-Fabrik von Dittberner beschäftigt war, verlangt ebenfalls eine achtstägige Lohnentschädigung von 8 Mark, weil sie auch zu Unrecht entlassen worden sei.

Der Beklagte giebt als Grund der Entlassung an, daß Klägerin mit ihren Mitarbeitern Streit gehabt habe, was er jedoch in seiner Fabrik nicht dulden wolle. Der Ver-

stehende führt aus, daß ein Streit zwischen Arbeitern...

Ein nobler Restaurateur scheint Herr Fischer zu sein. Sieben Monate war eine Schleiferin, Namens de Kubanowski...

Wegen 8,95 Mark klagt der Drechslergehilfe Neumann gegen den Fabrikbesitzer Kanter. Neumann war bei Kanter in Accord angestellt...

Schlesien.

N. S. Siequis, 7. März. Zwar hat man es hier zu verhindern gemußt, daß die große Zahl der Arbeitslosen am Orte durch Aufnahme einer Arbeitslosenliste bekannt wird...

B. Sagan, 7. März. Der Sieg ist unser! Diese Worte können sich die hiesigen Genossen mit Recht zuzuschreiben...

gerechte und vernünftige gesellschaftliche Zustände zu erkämpfen. Es kann deshalb für die große breite Masse, die heute mehr wie je ein elendes Dasein voller Kummer und Sorge führen muß...

Die Anwesenden spendeten dem Redner am Schluß seines Vortrages stürmischen Beifall. Nachdem noch die Rechnungslegung der Vertrauenspersonen und deren Neuwahl...

H. Schwedt, 6. März. Der hiesige Arbeiterbildungsverein hat schwere Kämpfe zu bestehen. Er freut er sich doch seit seiner Gründung der besonderen Beachtung aller angestrichenen Gemüther und der Politik...

P. Landeshut, 7. März. Parreigenossen! Wir haben nun endlich ein Local, wo wir unsere Versammlungen abhalten können. Um so beklagenswerter aber ist es...

Genossen von Sagan und Umgegend! Seid unermüdetlich in der Agitation für unsere Partei und deren Presse! Der Magistrat beantragte und die Stadtverordneten haben beschlossen...

Gegnerschaft in höheren Stellen, speciell beim Chef des Militärcabinetts, indeß sei der Kaiser für eine recht baldige, umfassende Reform...

Nach der neuesten officiellen Fraktionsliste des Reichstages zählen die Deutschconservativen 59, die Deutsche Reichspartei 27, die Deutsch-social Reformpartei 11...

Die Wahlprüfungscommission des Reichstages hat die Wahl des Abg. v. Kardorff beanstandet. Bei der Wahl am 15. Juni erhielt Herr v. Kardorff von 16 057 abgegebenen Stimmen 8072, also 43 über die absolute Majorität...

W. Weimar, 7. März. Der Termin für die Wahl im Reichstagswahlkreise Weimar-Apolda ist auf den 25. April anberaumt.

S. Schwetzingen, 7. März. Der Stichwahltermin im Reichstagswahlkreise Schwetzingen-Schmalbalden ist vom 14. auf den 18. März verlegt worden.

P. Paris, 7. März. Der Entschluß des Präsidenten Felix Faure, seinem constitutionellen Rechte gemäß in dem Oberkriegsrathe den Vorsitz zu führen...

R. Rom, 7. März. Dem „Fanfulla“ zufolge traf am 25. Januar in Harar eine von dem Ingenieur Chevreux geführte, aus Oost kommende französische Mission ein.

L. London, 7. März. Die „Times“ melden aus Philadelphia: Der Executive-Ausschuß der amerikanischen Bimetallisten-Liga erließ eine Kundgebung...

P. Petersburg, 7. März. Der frühere Finanzminister Wischnegradsky ist schwer erkrankt. Er erlitt einen Schlaganfall, der ihn der Sprache und des Gebrauches der Beine beraubte.

N. New-York, 7. März. Aus Kingston wird gemeldet: Ein Aufstand ist wieder einmal auf Haiti ausgebrochen, und zwar in den nördlichen Provinzen.

C. Shanghai, 7. März. Die Japaner nahmen am Montag Abend Kiutschuan nach heiligem Kampfe. Nach einer weiteren Depesche rückten am 4. März 10,000 Mann chinesischer Truppen unter General Sung auf Tapingschang vor...

Neueste Nachrichten.

Berlin, 7. März. Ein in russischen Kreisen verbreiteter grüblerischer Gerücht, daß der Kriegsminister Bronsart seine Demission geben wolle...

Dercins-Kalender.

Calendar listing various associations and events in Breslau, including dates for meetings, conferences, and social events.